

Kommunal-Newsletter der Linksfraktion im Bundestag Nr. 12/2006 - 23. November 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschiene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch, Katja Jösting und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. Parlamentarische Initiativen

2. Themen

- 2.1. Europa und Kommunen**
- 2.2. Direkte Demokratie**
- 2.3. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
- 2.4. Gesundheit und Soziales**
- 2.5. Daseinsvorsorge**
- 2.6. Wirtschaftliche Betätigung**
- 2.7. Rechtsextremismus**

3. Personalien – Linke Mandate

4. Veranstaltungen

5. Veröffentlichungen

6. Kontakte

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Aktuelle Entwicklungen in der beruflichen Rehabilitation

<http://dip.bundestag.de/btd/16/028/1602874.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Betriebsrisiken bei atomaren Zwischenlagern für Brennelemente

<http://dip.bundestag.de/btd/16/028/1602876.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Verankerung der Schaffung von Barrierefreiheit im Bundeshaushalt

<http://dip.bundestag.de/btd/16/028/1602878.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Stand, Entwicklung und Perspektiven des Jugendarbeitsschutzgesetzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/028/1602886.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Bürokratischer Aufwand bei der Altgeräteentsorgung nach dem Elektro- und Elektronikgesetz

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602904.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Zugang zu Bankdienstleistungen im ländlichen Raum

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602912.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Erwerb und Verwertung von Darlehenspaketen durch US-amerikanische Finanzinvestoren

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602927.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Kostenentwicklung im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Grundsicherung Arbeitssuchende) und des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (Arbeitslosenversicherung)

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602960.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Auswirkungen des Urteils des EuGH zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume auf die Bundesverkehrswegeplanung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602967.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Kosten der elektronischen Gesundheitskarte

<http://dip.bundestag.de/btd/16/029/1602973.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Moratorium für PC-Gebühren

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603002.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603016.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Beschäftigungspolitik für Ältere – für ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Gesamtkonzept

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603027.pdf>

Antrag der Fraktion der FDP – Beleuchtete Dachwerbeträger auf Taxen zulassen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603050.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Dem Gesundheitswesen eine stabile Finanzgrundlage geben

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603096.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Rechtssprechung zur Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auswerten

<http://dip.bundestag.de/btd/16/032/1603202.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Anrechnung von Landbesitz als Vermögen im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603033.pdf>

2. T h e m e n

2.1. Europa und Kommunen

Kommission beschließt regional aid map 2007 - 2013 für Deutschland

Brussels, 09/11/2006 (Agence Europe) - On 8 November, the European Commission approved the regional aid map covering the period 2007-2013 for Germany. This decision forms part of a wider exercise to review regional aid systems in all Member States in accordance with the new Regional Aid Guidelines adopted in December 2005. The new guidelines aim to re-focus regional aid on the most deprived regions of the enlarged EU, while allowing to improve competitiveness and to provide for a smooth transition.

<http://www.library.ep.ec/PressAg/AgEu/2006/aeen1110.htm#stag17>

http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/overview/ram.html

2.2. Direkte Demokratie

Rat der Stadt Dresden räumt den Bürgern der Stadt mehr Mitsprache und Beteiligung ein
Wenn es um den Zustand der Demokratie in Deutschland geht, dann gibt es nicht nur schlechte Nachrichten (ARD-Deutschlandtrend), sondern manchmal auch wirklich gute: zum Beispiel in Dresden. Dort hat der Rat der Stadt mit 39 zu 28 Stimmen am Donnerstagabend den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitsprache und Beteiligung eingeräumt. Damit sinkt das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren in Dresden von jetzt 15 auf künftig fünf Prozent. In Sachsen sieht die Gesetzeslage vor, dass eine solche Änderung des Unterschriftenquorums durch die kommunalen Parlamente vorgenommen werden kann, indem die Hauptsatzung geändert wird. Neben Sachsen bietet sich diese Möglichkeit nur noch in Thüringen.

<http://www.mehr->

[demokratie.de/572.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=765&tx_ttnews\[backPid\]=49](http://www.mehr-demokratie.de/572.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=765&tx_ttnews[backPid]=49)

Mehr Demokratie beim Wählen - Mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger

Bremen. Zum ersten Mal überspringt ein Volksbegehren im Bundesland Bremen die Unterschriftenhürde von 10 % der Wahlberechtigten. Über 71.000 Bremer und Bremerhavener haben das Volksbegehren "Mehr Demokratie beim Wählen" mit ihrer Unterschrift unterstützt. "Das ist ein deutliches Zeichen", freut sich Paul Tiefenbach, Vertrauensperson des Volksbegehrens. Bisherige Versuche der Volksgesetzgebung in Bremen scheiterten entweder im Antragsverfahren oder an der vergleichsweise hohen erforderlichen Unterschriftenzahl. "Das ist nicht nur ein gutes oder sehr gutes, sondern ein fantastisches Ergebnis", findet Paul Tiefenbach.

<http://www.neues-wahlrecht.de/1315.html>

Mehr Demokratie für Europa

Mit der "Europäischen Volksinitiative" (ECI - European Citizens' Initiative) startete eine europaweite Unterschriftenkampagne für Mehr Demokratie in Europa. Vorangetrieben wird die ECI von einem Bündnis aus mehr als 80 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und von zahlreichen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, wie u.a. Jo Leinen, Daniel Cohn-Bendit oder Silvana Koch-Mehrin. Ziel dieser Unterschriftenaktion ist die Einführung eines europäischen Bürgerinitiativrechts.

Unter www.citizens-initiative.eu können Bürgerinnen und Bürger ab dem 9. November durch ihre Unterschrift ihrer Forderung nach einem demokratischeren und bürgernäheren Europa Nachdruck verleihen.

2.3. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung

Neue Möglichkeiten des Wohnens

Unter der Schirmherrschaft des Darmstädter OB Walter Hoffmann fand diese Veranstaltung statt, die über neue oder wieder entdeckte Wohnformen im Alter informierte. An zwei Tagen zeigten die Veranstalter auf, wie es sich im Alter wohnen und leben lässt. Der erste Tag der

Veranstaltung richtete sich an Fachleute aus Kommunen, der Altenhilfe, der Wohnungswirtschaft, der Architektur, der Wissenschaft etc. innovative Projekte rund ums Thema Wohnen im Alter wurden diskutiert.

Der zweite Tag gehörte den Darmstädtern. Welche Angebote gibt es in Darmstadt? Vorträge und Gespräche gaben Anregungen, über das eigene Wohnen sowie das von Angehörigen nachzudenken.

http://neueswagen.schader-stiftung.de/wp-content/Dokumentation_Wohnen_Neueswagen.pdf

Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft

Eine dauerhaft tragfähige Stadtentwicklung kann nicht mehr allein durch bauliche Erneuerung und soziale Akzente gesichert werden. Moderne Stadtentwicklung sollte zunehmend auf drei Säulen basieren: Daher werden im Forschungsfeld „Quartiers-Impulse“ Ansätze zur Stärkung der lokalen Wirtschaft erprobt und auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht.

http://www.bbr.bund.de/cln_006/nn_21288/DE/Forschungsprogramme/ExperimentellerWohnungsstaedtebau/Forschungsfelder/Quartiers-Impulse/01_Start.html

<http://www.faz.net/s/Rub6B15D93102534C72B5CF6E7956148562/Doc~E88C8A29A743D440987E6BD01A5CB440A~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Wohnungsgenossenschaften

Anlass zur Gründung der WOGENO im Jahr 1993 war weder ein konkretes Hausprojekt noch die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe oder einer politischen oder geistigen Strömung. Die Gründungsmitglieder der WOGENO trafen sich mit dem gemeinsamen Wunsch, in einer Stadt wie München, die von zunehmendem Existenzkampf auf dem wohn- und sozialpolitischen Feld geprägt ist, wieder neue Zeichen zu setzen und konkrete solidarische Alternativen zu Vereinzelung, Shareholdervalue und sozialer Erosion zu entwickeln. Zukünftig wird die WOGENO ihr Dach über weitere selbst verwaltete Hausgemeinschaften spannen und damit die Idee des sozial vernetzten Wohnens im Rahmen genossenschaftlicher Wirtschaftsweise stärken.

http://www.wogeno.de/wogeno/10_wogeno/index.php

2.4. Gesundheit und Soziales

Kommunale Spitzenverbände zur Gesundheitsreform: Existenzgefahr für kommunale Krankenhäuser

Die kommunalen Spitzenverbände sehen einen Teil der kommunalen Krankenhäuser durch die Gesundheitsreform, die Tarifsteigerungen und die Mehrwertsteuererhöhung in ihrer Existenz bedroht. Schon jetzt schreiben die Hälfte der kommunalen Krankenhäuser rote Zahlen, nicht weil sie schlecht wirtschaften, sondern weil sie in großem Umfang die unverzichtbare Grundversorgung gewährleisten, mit der besondere Gewinne nicht zu erzielen sind, erklärten heute der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund nach einer Sitzung des Gesamtvorstands der kommunalen Spitzenverbände.

<http://www.kommunalweb.de/news/anzeige.phtml?id=1676>

Bundesweite Mindeststandards für angemessenen Wohnraum und Wohnkosten für die Bezieherin und Bezieher von Arbeitslosengeld II

Mieterbund und DGB haben in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag die Forderung der Fraktion DIE LINKE. nach bundesweiten Mindeststandards für angemessenen Wohnraum und Wohnkosten für die Bezieherin und Bezieher von Arbeitslosengeld II unterstützt.

www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1270202621

Die **Stellungnahmen des DGB und des Mieterbundes zu unserem Antrag** findet ihr auf den Seiten 3-4 bzw. 21-23 des nachfolgenden Links:

www.bundestag.de/ausschuesse/a11/anhoerungen/hhAendSGB2/dmaterialien.pdf

Kosten der Unterkunft

Der Kompromiss zur Finanzierung der Unterkunftskosten für die Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) stößt bei den Parteien auf ein geteiltes Echo.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=100241&IDC=2>

2.5. Daseinsvorsorge

Freiburg – Bürgerentscheid gegen Verkauf städtischer Wohnungen erfolgreich

Ein Bürgerentscheid hat am 12. November 2006 den geplanten Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH verhindert. 70,5 Prozent votierten dafür, die Wohnungsgesellschaft und ihre 7 900 Wohnungen in städtischem Besitz zu erhalten.

http://stadtverwaltung.freiburg.de/servlet/PB/menu/1156140_11/index.html

<http://www.dielinke-freiburg.de/>

Zehn Thesen zur Privatisierung der Abwasserbeseitigung

Angesichts der gegenwärtigen Debatte um die Privatisierung der Abwasserbeseitigung stellt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) Folgendes fest:

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml (unter der Rubrik TOP-Themen)

Erfolgreiche Rekommunalisierung der Gasversorgung in Ahrensburg

Ende 2003 lief ein 20-jähriger Konzessionsvertrag mit Hein-Gas, dem Rechtsvorgänger von E.ON Hanse aus. Der Vertrag sah vor, dass die Stadt nach Ablauf des Vertrags das Gasnetz gegen einen angemessenen Preis kaufen und die Ahrensburger/innen selbst mit Gas versorgen kann. E.ON wollte nicht verkaufen. So gründete die Stadt die GAG (Gasversorgung Ahrensburg GmbH), zog vor Gericht und bekam Recht (2. Link ist das Urteil). Seit dem 1. Oktober 2006 liegt die Gasversorgung der 31.000 Einwohner Gemeinde wieder in den Händen der Stadt. Und das Gas wird billiger.

<http://www.abendblatt.de/daten/2006/09/21/614591.html>

[http://lrsh.juris.de/cgi-](http://lrsh.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=sh&Datum=2006&Seite=15&nr=335&anz=156&pos=154&Blank=1)

[bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=sh&Datum=2006&Seite=15&nr=335&anz=156&pos=154&Blank=1](http://lrsh.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=sh&Datum=2006&Seite=15&nr=335&anz=156&pos=154&Blank=1)

2.6. Wirtschaftliche Betätigung

BVerfG: Vergaberechtliche Tariftreueerklärung verfassungsgemäß

In einem am 03.11.2006 veröffentlichten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11.07.2006 (1 BvL 4/00) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Verlangen nach Abgabe einer Tariftreueerklärung bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge verfassungsgemäß ist.

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml (unter der Rubrik TOP-Themen)

2.7. Rechtsextremismus

"Was tun gegen Rechtsextremisten...?"

..heißt ein von Gesine Löttsch mit Unterstützung der kommunalpolitischen foren Berlin und Sachsen sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenes Taschen-Buch. Die Wahlerfolge der NPD sind Anlass genug, couragierten Bürgerinnen und Bürgern endlich praktische Hilfe im Engagement gegen die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes anzubieten. „Kann ich etwas tun, wenn am Nachbartisch in der Kneipe rechtsextreme Parolen verkündet werden?“ oder „Wie melde ich eine Demonstration an?“, sind nur eine kleine Auswahl von Fragen, auf die im Buch übersichtlich, knapp, aber ausreichend lang geantwortet wird.

Das Buch kann demnächst kostenlos über die Fraktion DIE.LINKE bestellt werden.

[Zum kostenlosen Download als pdf.](#)

Wahlauswertung Berlin – Verfassungsschutz – NPD

Der Berliner Verfassungsschutz hat die Wählerbewegung im extremistischen Spektrum in Berlin ausgewertet. Bei Wahlkampfveranstaltungen fielen Rechtsextremisten insbesondere durch Störungen bis hin zu zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen auf.

Aufmerksamkeit gewannen auch zwei Wahlkampfveranstaltungen in den Rathäusern in Tempelhof und Schöneberg im August mit jeweils etwa 100 Teilnehmern.

http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/wahl_2006.pdf

3. Personalien – Linke Mandate

Dagmar Pohle neue Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf

Am 16. November 2006 wurde Dagmar Pohle, die bisherige Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit (DIE LINKE.PDS), durch die Bezirksverordnetenversammlung zur neuen Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf gewählt.

✉ dagmar.pohle@ba-mh.verwalt-berlin.de ⓘ www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/index.html

4. Veranstaltungen 1[1]

Stadtumbaukonferenz: Nachhaltige Stadtentwicklung zwischen Sanierung und Abriss

Veranstalter: Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag in Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt und den Fraktionen der Linkspartei.PDS Bitterfeld und Wolfen

Termin: 1. Dezember 2006

Ort: Bitterfeld

Das Programm zur Veranstaltung finden ihr online unter

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7725427978.pdf>

Ein Anmeldebogen mit Anfahrtbeschreibung ist zu finden unter

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7708654341.pdf>

Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen?

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Zusammenarbeit mit dem Städtetag Baden-Württemberg

Termin: 6./7. Dezember 2006

Ort: Bad Boll

Info und Anmeldung: www.ev-akademie-boll.de

"Wege zum Weniger. Zukunftsfähige Raumordnungspolitik und Wirtschaftsförderung in Flächenländern."

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Termin: 8. Dezember, 15:30 - 20 Uhr

1[1] Zukünftig werden wir unter dieser Rubrik nur noch auf Veranstaltungen hinweisen, die neu in den bundesweiten Veranstaltungskalender aufgenommen wurden. Den Veranstaltungskalender findet ihr unter: http://sozialisten.de/politik/kommunal/pdf/kommunalpolitische_termine_2006.pdf

Ort: Landesvertretung Bremen in Berlin, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin
Info und Anmeldung: www.kommunale-info.de

5. Veröffentlichungen

Schütz, Holger/ Mosley, Hugh (Hg.): **Arbeitsagenturen auf dem Prüfstand – Leistungsvergleich und Reformpraxis der Arbeitsvermittlung**, Sonderband 24 der Reihe Modernisierung des öffentlichen Sektors, edition signa, Berlin 2005, ISBN: 3894047747, 22.90 €

Diese Publikation ist das zweite, abschließende Werk einer vierjährigen Studie gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung.

Dokumentation Nr. 65 des DStGB: Gemeinden und Unternehmen sagen ja zu Kindern

Die dargestellten Praxisbeiträge sollen Anregung und Ansporn zugleich zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft beizutragen.

Die Dokumentation Nr. 65 des DStGB kann man kostenlos downloaden unter:
www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml (unter der Rubrik Dokumentation)

6. Kontakte

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Katja Jösting

Bund-Länder-Koordination, Bereich Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 52799

Fax: 030 227 76248

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katja.joesting@linksfraktion.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Deutscher Bundestag
Fraktion DIE LINKE.
Katja Jösting
Bund-Länder-Koordination
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49-30-227 52799
Telefax: +49-30-227 56411
katja.joesting@linksfraktion.de
<http://www.linksfraktion.de>